

# Nein zur Vertreibung der Bewohner in der Lübecker und Dessauer Straße

**Bezahlbaren Wohnraum erhalten statt Abriss für teure Neubauten  
Nicht Flüchtlinge, sondern SWSG nimmt uns Wohnungen weg**

Die Häuser in der Lübecker Straße 2 bis 10 und in der Dessauer Str. 1, 5 und 9 sollen für teure Neubauten (11 Euro Kaltmiete) abgerissen werden. Wer kann sich solche Mieten leisten? Selbst für normal- und gutverdienende Familien bleibt bei solchen Mieten viel zu wenig zum Leben übrig. Immer mehr Mieter werden in die Verschuldung getrieben.

Der Ortsverband der Linken Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster lehnt den Abriss der Häuser ab. Auch die Bezirksbeiräte der Fraktion SÖS und Linke haben sich gegen den Abriss ausgesprochen.

Wir wollen, dass die Häuser außen renoviert werden. Das Geld dafür haben die Mieter dort längst mit ihrer Miete aufgebracht. Alle Mieter, die noch dort wohnen, sollen wohnen bleiben können. Wer gegen seinen Willen ausziehen musste, soll das Recht haben wieder zurückzuziehen. Alle freien Wohnungen müssen sofort an Wohnungssuchende (auch an Flüchtlinge) vermietet werden.

## **Abriss wegen Flüchtlingen verschoben, aber nicht aufgehoben**

Einige Häuser in der Lübecker Straße sollen im Sommer 2015 abgerissen werden. In den Häusern, die ein Jahr später abgerissen werden, sollen vorübergehend 140 Flüchtlinge untergebracht werden. Drei Flüchtlinge müssen sich weniger als 15 qm Wohnfläche teilen. Die SWSG setzt die noch verbliebenen Bewohner massiv unter Druck ausziehen. Dabei erhalten Sie oft gar kein Angebot für eine Ersatzwohnung oder nur für eine schlechtere und/oder teurere. Dies halten wir für völlig inakzeptabel. Niemand darf bedrängt oder gezwungen werden, aus seiner Wohnung ausziehen. Die Linke wird die Bewohner dabei unterstützen in ihrer Wohnung zu bleiben. Mit der Unterbringung von Flüchtlingen werden die jetzigen Bewohner und Flüchtlinge gegeneinander ausgespielt. Das halten wir für eine üble Politik der SWSG-Geschäftsführung und der Stadtverwaltung. Die SWSG gibt vor, dass für sie die Unterbringung der Flüchtlinge ein Akt der Humanität sei. In Wirklichkeit macht sie ein Geschäft damit.

## **Nehmen uns Flüchtlinge Wohnungen weg?**

Mit der Unterbringung in Sammelunterkünften in noch bewohnten Wohnungen wird in der Bevölkerung Angst vor Flüchtlingen geschürt und die Grundlage für die Akzeptanz für die gängige Praxis von menschenverachtenden Abschiebungen gelegt. Dabei wäre die Abschaffung der Wohnungsnot und eine dezentrale menschenwürdige von mehr Flüchtlingen kein Problem. In dieser Stadt stehen 11.400 Wohnungen, 170.000 qm Büroflächen und weitere 300.000 qm sonstige Gewerbeflächen leer. Allein die leerstehenden Büroflächen könnten zu mehr als 2.400 Wohnungen mit 70 qm umgebaut werden.

### **Leerstand wohin man blickt**



Diese Villa in der Rommelstraße 4 im Hallschlag steht seit Jahren leer.



Dieses Gebäude in der Sichelstraße in Bad Cannstatt steht schon seit zwei Jahren leer.

Weitere Leerstände sind zu finden unter

[www.leerstandsmelder.de/stuttgart](http://www.leerstandsmelder.de/stuttgart)

(Fotos: Wolfgang Rüter)

**Es geht nicht um Menschen – es geht um Profit**  
Egal ob wir einen deutschen oder ausländischen Pass haben, ob wir keinen Job oder noch einen Job haben – damit die Reichen reicher werden, werden wir immer mehr ausgebeutet und abgezockt. Angeblich hat die Stadt kein Geld um dringend notwendige preisgünstige Wohnungen zu bauen. Aber 40 Millionen Mehrkosten für den unsinnigen Bau des Rostensteintunnels und über eine Milliarde für den Wahnsinn S 21 kann die Stadt locker bezahlen.

Am schlimmsten geht es den Menschen in den unter Kriegen, Bürgerkrieg, Umweltkatastrophen, Hungersnöten, Militär- und Polizeidiktaturen leidenden Ländern. Sie müssen davon ausgehen, dass ihre Überlebenschance in einem löchrigen Schlauchboot im Mittelmeer höher ist als im Bombenhagel oder der Hungersnot in ihren Heimatländern. Für diese Verhältnisse sind die Herrschenden in Europa durch ihre neokoloniale Ausbeutung, die Unterstützung von verbrecherischen Regimes, militärischer Einmischung und Waffenexporte in alle Welt mitverantwortlich. Das Massensterben im Mittelmeer muss aufhören. Flüchtlinge müssen aufgenommen werden. Die Fluchtursachen müssen beseitigt werden durch ein Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr, Abschaffung von Rüstungsexporte und ein Ende des ökonomischen Krieges der westlichen Konzerne gegen andere Länder und Kontinente.

#### **Geld für bezahlbare Wohnungen statt Luxushotels, Läden und Tunnels**

Für OB Kuhn und fast alle Fraktionen im Gemeinderat ist die Immobilienwirtschaft von großer Bedeutung. Sie sind mit ihr verfilzt. Die Immobilienhaie erhalten optimale Bedingungen um Luxuswohnungen (Bsp. Cloud 7), Hotels, Läden, Büros, teure Eigentums- und Mietwohnungswohnungen zu bauen und um mit Boden und Wohnungen zu spekulieren. Noch nicht mal ein Zweckentfremdungsverbot gegen den spekulativen Leerstand wollen OB Kuhn, Föll und die Mehrheit im Gemeinderat. Wohnungsbau soll nicht die Bevölkerung mit bezahlbaren Wohnungen versorgen, sondern möglichst hohe Rendite für Investoren erwirtschaften. Wenn der Mangel an Wohnungen bleibt, werden die Mietpreise weiter steigen. Die Wohnungsbaugesellschaften fahren auf Kosten der Mieter hohe Renditen ein. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft SWSG

spielt im Immobiliengeschäft mit und ist auf Profitmaximierung ausgerichtet.

#### **Zukunft Hallschlag – Zukunft für wen?**

Die „Soziale Stadt“ im Hallschlag ist Etikettenschwindel. Es werden ein paar Bonbons verteilt. Das eigentliche Ziel ist aber die Aufwertung des Stadtteils für die Investoren im Römerkastell und die Vertreibung der Mieter durch teure Neubauten und Modernisierungen. Der Abriss von Häusern wird mit Steuergeldern finanziert. So gingen von den ersten 8,9 Millionen für die „Soziale Stadt“ 2,2 Millionen Euro an die SWSG und den Bau- und Heimstättenverein für den Abriss von noch bezahlbaren Mietwohnungen in der Düsseldorfer /Essener Straße, Auf der Steig und Hallschlag.

#### **Gegenwehr ist notwendig**

Mieter sind nicht machtlos. Das hat die Mieter/Bürgerinitiative im Hallschlag gezeigt. Linke Mitglieder sind aktiv in Mieterinitiativen. Die Fraktion SÖS und Linke PluS im Bezirksbeirat und im Gemeinderat ist die einzige Fraktion, die auf Seiten der Mieter steht und die Mieterinitiativen unterstützt. Wir lassen nicht zu, dass Flüchtlinge und Mieter im Hallschlag gegeneinander ausgespielt werden.

**Wir laden ein zum politischen Frühstück  
Sonntag, 12. Juli 2015  
10.00 bis 13.00 Uhr  
in die „Nachbar“  
(Römerkastell 73)**

**DIE LINKE.**

**Ortsverband Bad Cannstatt –  
Mühlhausen – Münster**  
ViSdP: Ursel Beck, c/o Die Linke, Marienstr. 3,  
70178 Stuttgart